

denkbewegung selbst und aus der Erkenntnis vieler ihrer Anhänger, daß sein Gandhi-ähnlicher Messianismus der eigentlichen Notwendigkeit Irlands nicht gerecht werde, nämlich einer Klärung dessen, was gerade im nordirischen Konfliktherd selbst unter dem Begriff „Frieden“ zu verstehen sei. Diese Klärung ist in abstrakter Weise ohne direkte Stellungnahme aber so gut wie unmöglich. Andererseits fürchtet McKeown, daß die verschiedensten Kräfte darauf warten, die Friedensbewegung ihren Zwecken dienstbar zu machen. In der verzwickten nordirischen Situation sind etwa das von der englischen Königin der Bewegung gespendete Lob, die Anerkennung der britischen Nordirlandbehörden oder der Dubliner, so distanziert sich diese auch verhalten mögen, vor allem aber die den „Peace People“ von den drei Hauptkirchen

erteilte Billigung, geradezu als Todesküsse anzusehen. Zumal die Kirchen betrachten die Unterstützung der Friedensfrauen als eine Chance, sich von der eigenen Mitverantwortung für den nordirischen Konflikt reinzuwaschen, von der inneren Erkenntnis, daß dieser Konflikt trotz aller äußerlich dagegensprechenden Betonung in einem ganz bestimmten Sinn „religiös“ bedingt ist und eine schwere Belastung für die angeblichen Vorzüge der Konfessionsschulen darstellt. Die Kirchen können ihrem Schuldanteil an dem in kulturellen Symbiosen gezüchteten Gettogeist nicht so leicht entgehen.

Zu einer schweren Krise kam es in der Friedensbewegung im Februar, nachdem McKeown in einer Rede erklärt hatte, daß einige der kirchlichen Führer nicht genug täten, um den Frieden

in Nordirland zu fördern. Er bezog sich im besonderen auf den nordirischen katholischen Bischof *Philbin*, dessen Freunde in der Bewegung dann vergeblich versuchten, McKeown zur Zurückziehung dieser Kritik zu überreden. Daraufhin trat *Tom Conaty*, der als bischöflicher Vertreter in der Friedensbewegung fungiert hatte, mit einigen anderen katholischen Anhängern zurück. McKeown wäre selbst zweifellos bereit, aus der Friedensbewegung auszuscheiden, wenn die ihm und seinen politischen Ansichten, so unbestimmt diese auch sein mögen, bekundete Ablehnung zum Mehrheitswunsch werden sollte. So schön es wäre, den Frieden in Nordirland mit den Friedensfrauen zu schaffen, wird es nicht ohne die so störrisch und unmessianisch erscheinenden bisherigen politischen Repräsentanten des Ulsterschen Alltags möglich sein. R. H.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Polarisierung verdeckt Ratlosigkeit

Zur gegenwärtigen gesellschafts- und kirchenpolitischen Entwicklung in Österreich

Während in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern die prinzipielle Diskussion um Grundwerte und Grundfragen der Moral die Öffentlichkeit beschäftigt und der Eindruck vorherrscht, daß daran vor allem intellektuelle Minderheiten mit beträchtlichen Engagement beteiligt sind, führt in Österreich der gleiche Themenkreis zu einer wesentlich pragmatischeren, dafür aber ungleich gefährlicheren emotionellen Aufschaukelung von Gegensätzen.

Die Last der Fristenlösung

Anlaß und Ausgangspunkt ist nach wie vor die *Fristenlösung*, die von der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) im Parlament aufgrund ihrer absoluten Mehrheit durchgesetzt wurde. Eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof blieb im Gegensatz zur Bundesrepublik erfolglos, weil die positivistische Grundhaltung der auf das Jahr 1920 zurückgehenden *Kelsenschen Verfassung* in Österreich viel

weniger Anhaltspunkte für einen negativen Entscheid bot als das deutsche Grundgesetz. Immerhin kam es 1975 zu einem *Volksbegehren* der „Aktion Leben“, die von katholischen Laien gegründet und im späteren Verlauf auch von der Hierarchie unterstützt wurde und die mit rund 900 000 Unterschriften gegen das Gesetz der Fristenlösung einen beachtlichen Erfolg errang, wenn auch die angekündigte Unterschriften-Million ausblieb.

Das österreichische Recht sieht vor, daß jedes Volksbegehren mit mehr als 200 000 Unterschriften vom Parlament behandelt werden muß, und so ist im Nationalrat ein *Sonderausschuß* zur Beratung des Volksbegehrens der „Aktion Leben“ geschaffen worden, der jedoch schon seit Monaten auf der Stelle tritt. Vorsprachen der „Aktion Leben“ bei prominenten Mandataren der Großparteien ließen im Januar die vage Hoffnung aufkeimen, daß bei der Sitzung des Sonderausschusses Mitte Februar ein Durchbruch in Richtung einer Milderung des geltenden Fristenlösungs-Gesetzes erreicht werden könnte, doch ist

bisher kein Ausweg aus dem unbefriedigenden Status quo zu erkennen. Auch Zusagen von Bundeskanzler *Bruno Kreisky* brachten keinen Erfolg. Offenkundig ist die Sozialistische Partei lediglich daran interessiert, das katholische Wählerpotential zu beschwichtigen, während von seiten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wenig Neigung besteht, der „Kirche, die sonst oft genug mit der SPÖ kokettiert, die Kastanien aus dem Feuer zu holen“ oder gar mitzuhelfen, ein „perfektioniertes Fristenlösungs-Gesetz“ zu schaffen, wie ein prominenter VP-Parlamentarier erklärte.

Nun läßt die absolute Mehrheit der SPÖ ohnehin nicht die Hoffnung auf Abschaffung der Fristenlösung zu, und namhafte Funktionäre der Regierungspartei stellten wiederholt fest, daß eine Änderung in dieser Richtung für die Sozialistische Partei nicht in Frage komme. Aber selbst für den Fall eines heute eher unwahrscheinlich anmutenden ÖVP-Wahlsieges bei der nächsten Nationalratswahl im Jahr 1979 rechnet kaum jemand ernsthaft mit einer Aufhebung der Dreimonatsfrist, die für die straflose Abtreibung gesetzt worden ist. Es gibt jedenfalls keine einzige Wortmeldung eines ÖVP-Spitzenpolitikers, der sich in diesem Sinne ausgesprochen hätte.

Andererseits hat die derzeitige Gesetzeslage der Fristenlösung in Österreich besonders folgenschwere Auswirkungen, weil die Beratung der Mütter in keiner Weise gewährleistet ist und das Fehlen jeglicher Meldepflicht eine Klärung bezüglich der *Dunkelziffer* der Abtreibungen verhindert. So werden in vielen Fällen die Mütter vom abtreibenden Arzt „beraten“, der an seinem Honorar interessiert ist. Da sich die privaten Spitalserhalter bzw. die Ärzte in vielen öffentlichen Krankenhäusern (vor allem außerhalb von Wien) weigern, Abtreibungen aufgrund der Fristenlösung durchzuführen, kommt es zu zahlreichen Abtreibungen in Privatordinationen bzw. privaten Abtreibungsstationen, in denen es oft genug keine hinreichenden Möglichkeiten für eine eventuell notwendig werdende Nachbehandlung gibt.

Damit gefährdet die in Österreich praktizierte Form der Fristenlösung die Gesundheit zahlloser Frauen, und selbst das Versprechen der Regierungspartei, die Fristenlösung würde eine „Hilfe für sozial schlechter gestellte Frauen“ bringen, erfüllte sich nicht: Die Honorare, die für Abtreibungen verlangt werden, sind in der Regel höher denn je zuvor ...

Ohnmacht bei engagierten Katholiken

Diese unhaltbare Lage hat die „Aktion Leben“ veranlaßt, den politischen Parteien ein Paket von Sofortmaßnahmen vorzuschlagen: umgehende Reform des Beratungssystems; Trennung von abtreibendem Arzt und Beratung; Verpflichtung zur Beratung für alle Mütter, die abtreiben wollen; Meldepflicht aller Abtreibungen, um endlich stichhaltiges statistisches Grundlagenmaterial zu erhalten;

umfassende Untersuchung über die Motive, die zur Abtreibung führen.

So bescheiden dieses Forderungsprogramm anmutet – selbst dieses konnte im Sonderausschuß des Nationalrates noch immer nicht durchgesetzt werden. Daraus ergibt sich ein Gefühl der Ohnmacht gerade bei engagierten Katholiken, das nicht selten in Ausbrüchen emotioneller Verbitterung gegen die sozialistischen Machthaber sichtbar wird. So berichtete beispielsweise die seit Herbst verlagsmäßig neu strukturierte „Furche“ über ein Symposium „Das Christliche in der säkularisierten Gesellschaft“ (vgl. ds. Heft, S. 148) unter der Schlagzeile: „Christenverfolgung in Österreich: Es gibt sie nicht, aber es gibt sie doch ...“ Eine ganze Reihe von Referenten und Diskutanten meditierten die Frage, warum es „immer schwerer wird für Christen in Österreich“, es tauchte sogar die Frage auf, ob die pastorale Chance des Christentums in der Nazi-Zeit nicht größer gewesen sei, und ein hoher Beamter, der sich bei dem Symposium als Katholik und Sozialist bekannte, mobilisierte Hohn und traditionelle Vorurteile.

Diese solcherart sichtbar gewordene *Grundstimmung* hatte bereits einige Wochen früher zu heftiger innerkatholischer Erregung geführt, als die Katholische Sozialakademie, eine Einrichtung der österreichischen Bischofskonferenz, zum Thema „Politische Ethik der SPÖ“ Bundeskanzler und SP-Parteiohnbmann Bruno Kreisky mit einigen Spitzenfunktionären seiner Partei zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung eingeladen hatte. Tagelang kam es zu hitzigen Polemiken in den Zeitungen, intern wurde die Abberufung des Leiters der Katholischen Sozialakademie gefordert. Der ehemalige Generalsekretär der „Katholischen Aktion Österreichs“ und nunmehrige neue Verlagsleiter der „Furche“, *Walter Schaffelhofer*, selbst Mitglied eines kleinen offiziellen „Kontaktkomitees“ zwischen Kirche und SPÖ, kommentierte das Ereignis so: „Es wäre einfach schade, wenn an Stelle des relevanten Gesprächs zwischen relevanten Personen auf beiden Seiten das Spektakel träte; dies würde niemandem nützen.“

Diese wenigen Beispiele stehen für viele andere und sind ein *Indikator für eine gewisse Ratlosigkeit im österreichischen Katholizismus*, wie nach dem wohl endgültigen Wegfall des „parteilichen Armes“ in Gestalt einer ehemals verbündeten christlichsozialen Partei und gegenüber einer mächtigen laizistischen, sozialistischen Bewegung christliche Wertvorstellungen in die Politik einzubringen sind. Dabei hat sich an der theoretischen Situation kaum etwas geändert, die Kardinal *Franz König* in seiner Silvesteransprache 1975 folgendermaßen skizzierte: „Die Kirche wird kein stummer Diener des Staates sein, sondern reden, wo sie reden muß. Sie wird aber nicht gegen den Staat zu Felde ziehen, der auch ihr Freiheit und Frieden garantiert. Und sie wird nicht Verbündeter einer oder Gegner einer anderen Partei sein. Die Zeit eines politisierenden Katholizismus, einer politisierenden Kirche mit

Wahlhirtenbriefen und Wahlempfehlungen ist vorbei. Aber die Kirche wird wieder die Gläubigen an ihre politische Verantwortung erinnern, wo sie politisch auch stehen, an die Verantwortung, die der einzelne dafür trägt, welche Politik in einer Partei und welche Politik in Österreich gemacht wird.“

Wie soll sich die freie Initiative der Katholiken entfalten?

So richtig diese Sätze sind – wie sind sie in die *politische Praxis* in einem Land umzusetzen, das die höchste Organisationsdichte der politischen Parteien in allen westlichen Ländern aufweist? In einem Sieben-Millionen-Staat, in dem die ÖVP mehr Mitglieder als die CDU/CSU und die SPÖ mehr Mitglieder als die SPD hat? In einem Land, in dem 30 Prozent der Industrie verstaatlicht ist und mindestens ein weiteres Drittel der Betriebe von verstaatlichten Banken abhängt? In einem Land, in dem fast alle wichtigen Posten zwischen den Großparteien abgesprochen und aufgeteilt werden? Wie und wo kann sich da die „freie Initiative“ von Christen entfalten, einzeln oder in Gruppen, da es doch kaum Freiräume, Institutionen oder Publikationen gibt, die nicht von vornherein auf eine bestimmte Parteipräferenz festgelegt sind?

Diese Schwierigkeit zeigte sich in jenen Jahren der Koalition noch nicht so klar, als die Kirche zu den unausgesprochenen „Tabu-Bereichen“ der politischen Parteien zählte und die Fernsehansprachen des Wiener Kardinals zum Jahresende zu den selbstverständlichen Anlässen staatsbürgerlicher Gewissenserforschung zählten. Finanzielle oder personelle Wünsche der Kirche wurden in Vier-Augen-Gesprächen zwischen „relevanten Personen auf beiden Seiten“ erledigt, womit sich die alte *josephinische Tradition* über alle Zeitläufte hinweg in neuen Formen zeigte. Die „Katholische Aktion“, die in Österreich nach 1945 zum Unterschied zur Entwicklung in der Bundesrepublik nicht als Dachorganisation, sondern als reich gegliederter kirchlicher Massenverband mit anfänglichem Monopolanspruch auftrat, artikulierte die kirchlichen Vorstellungen auf kulturpolitischem und sozialpolitischem Gebiet und versuchte die offizielle kirchliche Linie der Überparteilichkeit durchzusetzen. Kontaktkomitees mit den Großparteien sorgten für die notwendige Kommunikation mit den politisch agierenden Kräften. Daneben bildeten sich wieder die traditionellen katholischen Verbände wie CV, KV, Kolping, Reichsbund usw., die in ihrer politischen Sympathie ganz deutlich der ÖVP zuneigten, aber den Gesamtkurs der Kirche im Bereich des Gesellschaftskonflikts kaum in wesentlichem Umfang beeinflussten.

Als Ende der sechziger Jahre mit der Krise der Großorganisationen die „Katholische Aktion“ in Österreich deutliche Abbröckelungserscheinungen zeigte und in eine Pe-

riode innerer und äußerer Schwäche geriet und 1970 die Sozialistische Partei mit ihrem überraschenden Wahlsieg zum erstenmal allein die Regierung stellte, hatte die Kirche in Österreich durch dieses zeitliche Zusammentreffen in einer nicht einkalkulierten politischen Situation plötzlich *kein wirksames organisatorisches Instrument auf dem Feld der Politik* mehr zur Verfügung. Die „Katholische Aktion“ geriet immer noch tiefer in die Krise des eigenen Selbstverständnisses, die durch falsche Vorstellungen über den Ersatz der KA-Gruppen durch demokratisierte kirchliche Gremien noch zusätzlich verstärkt wurde. Erst in jüngster Vergangenheit scheinen auf diesem Gebiet die ärgsten Mißverständnisse überwunden zu sein und stärker Selbstfindungsprozesse einzusetzen.

Für das Einwirken der Kirche auf die gesellschaftspolitische Entwicklung in Österreich erwies sich der Umstand bald als folgenschwer, daß es neben der Bischofskonferenz, die sich mit gutem Grund zurückhielt, und neben der geschwächten „Katholischen Aktion“ kein legitimes und wirksames Gremium gab, das die Wünsche und Forderungen der Katholiken hätte wirksam nach außen vertreten können. Der gesamtösterreichische Laienrat, eine Dachkonstruktion verschiedener Verbände und katholischer Organisationen, konnte nie eine wirkliche Bedeutung erringen, und der Versuch der *Österreich-Synode*, ein ständiges Nachfolge-Organ zu schaffen, blieb ohne Bestätigung durch die Bischöfe. Selbst der Vorschlag des synodalen Vorganges, der Bischofskonferenz ein beratendes Gremium für politische Fragen beizugeben, blieb ergebnislos.

Auf diese Weise hatten die Katholiken in Österreich nie ein Gremium, das etwa mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken in der Bundesrepublik zu vergleichen wäre. Dies hat seine großen Vorzüge, aber auch seine erheblichen Nachteile. Letztere zeigten sich schon in den ersten Auseinandersetzungen um die von der Regierung geplanten Liberalisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Abtreibung, als sich in Ermangelung anderer Möglichkeiten spontan von „unten“, von der Basis her, die „Aktion Leben“ bildete, die gegen die von Justizminister *Christian Broda* projektierte erweiterte Indikationenlösung Sturm lief, bis die SPÖ auf dem Villacher Parteitag 1972 zur Fristenlösung umschwenkte und damit eine permanente Konfliktsituation mit dem österreichischen Katholizismus heraufbeschwor.

Vehemente sozialistische Ausfälle

Diese Konfliktsituation verschärfte sich in den letzten Monaten laufend durch Vorstöße diverser sozialistischer Gruppierungen, die in erster Linie eine Verdrängung des Religionsunterrichtes aus den öffentlichen Schulen forderten, was eine Verletzung des geltenden Konkordates mit dem Vatikan bedeuten würde. Mittlerweile hat die Parteiführung der SPÖ unmißverständlich klargestellt, daß am Religionsunterricht nicht gerüttelt werden soll,

doch führen einige Gruppen von Jungsozialisten die Kampagne gegen den Religionsunterricht weiter, was den Verdacht auf katholischer Seite nährt, daß man es mit einer raffinierten „Doppelstrategie“ zu tun habe. Laufende Einwände des offiziellen Parteiblattes „Arbeiterzeitung“ gegen Fernsehsendungen religiösen Inhalts und gegen den Kirchenfunk im ORF, geschmacklose Karikaturen über Priester und religiöse Themen in sozialistischen Schülerzeitschriften, vehemente sozialistische Ausfälle gegen die katholische Presse verstärken das Mißtrauen noch weiter, während andererseits einzelne Kirchenblätter und katholische Organisationen in eine immer plakativere anti-sozialistische Agitation hineingeraten und die „politische Sammlung der Katholiken“ fordern. Wenn in diesem Zusammenhang prominente Politiker der ÖVP von den Bischöfen verlangen, sie sollten zu den „Fragen der Zeit deutlicher und klarer sprechen“, so erhält das Wort des ÖVP-Bundesparteiobmannes *Josef Taus* von der Notwendigkeit eines „neuen politischen Katholizismus“ einen ganz bestimmten Sinn.

Die Gefahr sich noch verschärfender Polarisierung ist somit akut. Gewiß, es gibt wichtige Gruppierungen im kirchlichen Bereich, innerhalb der SPÖ und auch in der ÖVP, die eine weitere Zuspitzung der Lage verhindern und bremsen wollen. Der sozialistische Theoretiker *Norbert Leser* beschwor in einem Artikel in der SP-Zeitschrift „Zukunft“ seine Genossen, daß die *Eliminierung des öffentlichen Religionsunterrichts* kein gesellschaftlicher Bewußtseinsfortschritt, sondern eine Verarmung und Einschränkung pädagogischer Einwirkungsmöglichkeiten auf die Persönlichkeit des Kindes und Jugendlichen wäre: „Man würde den jungen Menschen eine Möglichkeit der Ausbildung und Formung verschließen, ohne ihnen einen Ersatz bieten zu können.“ Überdies erinnerte Leser daran, daß Kirche wie Sozialismus von gemeinsamen Gefahren des ethischen Materialismus, der passiven Gleichgültigkeit und des reinen Konsumdenkens bedroht erscheinen und beide Gefahr laufen, mit ihren Wertvorstellungen und Idealen unter die Räder eines perfekten Pragmatismus und Egoismus zu geraten: „Ist der moralische Zustand unserer Gesellschaft und unserer eigenen Bewegung wirklich so beschaffen, daß wir guten Gewissens auf die ethischen Impulse, die nicht zuletzt von der Religion kommen, verzichten und uns in dieser Beziehung autonom dünken können?“

Eine offene Frage ist, welchen realpolitischen Einfluß der in seiner Partei ziemlich isolierte Leser innerhalb der SPÖ hat bzw. welchen innerkirchlichen Einfluß Theologen wie der Wiener Pastoraltheologe *Ferdinand Klostermann* haben, die sich auf katholischer Seite jedem Kollisionskurs entschieden widersetzen.

Offen ist auch die Frage, *welche Entwicklung der Sozialismus in Österreich nehmen wird*: nach dem vermutlich historischen Ergebnis der widersprüchlichen Kreisky-Ära, der endgültigen Domestizierung und Integrierung des

ehemaligen Austro-Marxismus in die gesellschaftspolitische österreichische Wirklichkeit, zeichnet sich in der Kreiskyschen Spätphase eine nicht unbedenkliche *bürokratische Verkerstung der Macht* seiner Partei ab, eine spätbürgerliche, liberalistische Bewußtseinswandlung mit deutlichen hedonistischen Akzenten, die weit über alle Parteigrenzen hinaus auch in katholischen Bevölkerungsschichten wirksam werden. Die Hoffnungen auf ein „Paradies völliger Herrschaftslosigkeit“, auf die „traumhaften Gestade einer klassenlosen Gesellschaft“ hat dieser Sozialismus längst abgeworfen. Seine Gefahr liegt nicht in einer total verstandenen marxistischen Heilslehre, sondern in einer pragmatischen Herrschaft der Funktionäre, die einem Vulgär-Positivismus huldigen und den kleinbürgerlichen Traum vom individuellen Glück pflegen. Das politische Denkmal von der Dimension Bruno Kreiskys vermag dieser dürftigen Ideologie noch einigen Glanz zu verleihen. Erst die Zeit nach Kreisky wird das volle Ausmaß der ideologischen Auslaugung und der personellen Verwüstung innerhalb der SPÖ sichtbar machen, in der das Auseinanderklaffen zwischen verbalem Radikalismus und pragmatischem Tun immer schon von bestimmendem Einfluß war.

Was hat die Kirche bisher vernachlässigt?

Auf katholischer Seite ist man viel zu sehr mit punktuellen Defensiv-Maßnahmen beschäftigt, als daß es zu großräumigeren strategischen Überlegungen für die Zukunft kommen würde. So wird von vielen Katholiken nach wie vor die Fristenlösung als „das“ politische Thema gesehen und dabei verkannt, daß es auf die Dauer gefährlich sein muß, sich ständig von anderen die Themen der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung vorgeben zu lassen und darin festzubeißen. *Erhard Busek*, kurzfristig Generalsekretär der ÖVP und nunmehriger Landesparteiobmann der Volkspartei in Wien, intellektuelles „Paradepferd“ seiner Partei und langjähriger führender Mitarbeiter in der Katholischen Jugend, sagte zu diesem Thema: „Ich glaube, daß es die Kirche vernachlässigt hat, die Verkündigung der frohen Botschaft wahrzunehmen, die das II. Vatikanische Konzil als die erste Aufgabe der Bischöfe dargestellt hat. Wir leiden heute vielfach unter einem allgemeinen Krisenbewußtsein. Die Menschen sind mit sich und ihrer Zeit zerfallen. Wo ist hier die Tröstung der Armen und Enttäuschten? Die Kirche müßte nur zu gut wissen, daß die Lösung materieller Probleme eben nicht jene wahre Tröstung bringt. Ich glaube, daß hier der Rückzug der Kirche eine Vernachlässigung vieler Bereiche im Bild der gesamten Gesellschaft erzeugt hat.“

In dieser Richtung dürften bisher ungenutzte Möglichkeiten katholischer Initiativen im gesellschaftspolitischen Bereich liegen, die jenseits parteipolitischer Konfrontation neue Dimensionen eröffnen könnten. *Fritz Csoklich*